



# Zementierung der Teilung – Bau der Berliner Mauer

Berlin, 13. August 1961

♁ steht für die weibliche Form des vorangegangenen Begriffs

Am 13. August 1961, einem Sonntag, ziehen kurz nach Mitternacht DDR-Truppen an der Grenze des sowjetischen Sektors von Berlin auf. Sie errichten mit Stacheldrahtrollen provisorische Sperren, die wenige Tage später durch eine Mauer ersetzt werden. Bautrupps beginnen damit, Straßen, die nach Westberlin führen, aufzureißen und unpassierbar zu machen. Der S- und U-Bahn-Verkehr aus dem sowjetischen Sektor in die Westsektoren wird gestoppt. Und der Westen? Proteste, aber sonst nichts. Der freie Personenverkehr zwischen Ost- und Westberlin gehört der Vergangenheit an.

Warum lassen die Amerikaner♁ sich das gefallen? Ihr Präsident Kennedy hatte doch erst am 25. Juli 1961 erklärt, drei Punkte (*essentials*) seien unverhandelbar, und ein Angriff auf sie würde zum Krieg führen: Die Anwesenheit von US-Truppen in West-Berlin, der freie Zugang dorthin und das Einhalten der Verpflichtungen gegenüber den „zwei Millionen freier Menschen“. Alles leeres Gerede? Auf einen bitteren Brief an Kennedy erhält der Westberliner Bürgermeister Willy Brandt eine kühle Antwort: „Dies (der Mauerbau) bedeutet offensichtlich eine grundlegende sowjetische Entscheidung, die nur durch Krieg rückgängig gemacht werden könnte. Weder Sie noch wir (...) haben jemals angenommen, dass wir an diesem Punkt einen Krieg beginnen müssten.“



— Abb.: Bauarbeiter stellen unter Aufsicht Betonblöcke auf

## Worum geht es in dieser neuen Runde im „Kalten Krieg“?

Vor den Augen der Welt laufen im „Wettkampf der Systeme“ dem Sozialismus die Menschen davon – jedes Jahr flüchteten Hunderttausende aus der DDR. Nachdem schon 1952 die innerdeutsche Grenze zu Westdeutschland unter verschärfte Bewachung gestellt worden war, blieb als Fluchtweg nur noch Berlin. Es war in vier Sektoren geteilt, und in drei Sektoren standen gemäß früherer alliierter Abmachungen NATO-Truppen. Der Personenverkehr zwischen den Sektoren blieb im Prinzip frei. Flüchtlinge aus der DDR mussten es nur bis Ostberlin schaffen. Dann konnten sie zu Fuß oder mit S- und U-Bahn relativ leicht einen der westlichen Sektoren erreichen. Von dort brachten sie Flugzeuge der Westalliierten nach Westdeutschland. Denn deren drei Luftkorridore respektierten die Sowjets.

Je mehr die Fluchtbewegung zur Existenzkrise für die DDR wurde (die Hälfte der Flüchtlinge war unter 25 Jahre alt), umso dringlicher forderte DDR-Staats- und Parteichef Walter Ulbricht ein Eingreifen der Sowjets. Die unternahmen zwar schon seit 1958 Versuche, die Westalliierten aus Berlin zu verdrängen, hatten damit aber keinen Erfolg. Um den Flüchtlingsstrom zu stoppen, blieb nur noch die Abriegelung des sowjetischen Sektors von den Westsektoren. Der sowjetische Staats- und Regierungschef Nikita Chruschtschow befahl schließlich den Mauerbau, obwohl er ihm aus Propaganda-Gründen gar nicht gefiel. Dies sei, wie er dem (west-)deutschen Botschafter in Moskau später offenbarte, die weniger risikoreiche Lösung des Problems gewesen. Eine Sperrung der Lufttransporte hätte zum Konflikt mit den USA bis hin zu einem Krieg führen können. Den habe er aber nicht riskieren wollen.



— Abb.: Dem Volkspolizisten H. C. Schumann gelingt die Flucht

## 1 Hintergrund-Recherche und Einschätzung

- ➔ 1. Recherchiere im Internet: Wie viele Menschen flüchteten seit ihrer Gründung bis 1961 aus der DDR?
- ➔ 2. Ein Historiker meinte 2011, Kennedy habe am 25. Juli 1961 „grünes Licht für den Mauerbau“ gegeben. Stimmt das? Prüfe, was die drei Essentials enthalten – und was nicht.
- ➔ 3. Warum dürfte Chruschtschow so lange mit einem Mauerbau gezögert haben?
- ➔ 4. Der US-Diplomat Kornblum sagte im Rückblick, im August 1961 hätten sich in der US-Führung Ratlosigkeit und Erleichterung gemischt. Wie ist das zu verstehen?



# Maueropfer

Die Mauer stoppte zwar den Flüchtlingsstrom entscheidend, trotzdem gelang bis zu ihrem Fall 1989 noch rund 5.000 DDR-Bürgern eine Flucht nach West-Berlin. Sie geschah jetzt freilich unter Lebensgefahr. Denn an der Mauer wurde geschossen.

„Ungesetzlicher Grenzübertritt“ wurde laut Strafgesetzbuch der DDR mit bis zu acht Jahren Haft bestraft. Aber im Grenzgebiet konnte es schnell die Todesstrafe sein. Die DDR-Grenzer hatten Anweisung, „Grenzdurchbrüche“ nicht zuzulassen und Flüchtende festzunehmen „oder zu vernichten“. „Rücksichtslos“, so Partei- und Staatschef Erich Honecker 1974, müsse bei „Grenzdurchbruchversuchen“ von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden. Todesschützen wurden belobigt, erhielten Auszeichnungen und Geldprämien, wurden befördert.

Wie viele Menschen wurden seit 1961 an der Berliner Mauer und der innerdeutschen Grenze getötet? Die Zahl schwankt je nach Erhebungsmethode in offiziellen Angaben zwischen 169 und 262, andere nennen 765 Tote im Zusammenhang mit der Grenze. Nach dem Zusammenbruch der DDR wurden diejenigen vor Gericht gestellt, die tödliche Schüsse auf Flüchtlinge abgegeben hatten, aber auch diejenigen, die ihnen das befohlen hatten. In einigen der Prozesse wurde die beklemmende Situation von Wehrpflichtigen deutlich, die an der Grenze Dienst tun mussten. Waren auch sie Maueropfer?



— Abb.: Der sterbende Peter Fechter wird nach seiner missglückten Flucht im Sommer 1962 von Grenzsoldaten der DDR abtransportiert.

## 2 Anklage und Verteidigung

➔ 1. Stelle dir vor, du bist ehrenamtlicher Laienrichter (Schöffe) am Landgericht. Du sollst mitentscheiden, ob ein angeklagter Soldat verurteilt wird, der unstreitig an der Mauer tödliche Schüsse abgegeben hat. Welchen Argumenten von Anklage und Verteidigung stimmst du zu? Wäge sie gegeneinander ab und entscheide: Verurteilen oder nicht verurteilen? Wie hat die Mehrheit deiner Klasse entschieden? Ob sie nach Meinung der höchsten deutschen Gerichte recht hat, weiß dein Lehrer.

### **Anklage:** Mauerschützen müssen verurteilt werden, denn ...

- ... sie haben wehrlose Menschen, die keine Verbrecher waren, absichtlich getötet. Mord bleibt immer Mord, auch wenn er befohlen wird.
- ... sie durften nicht Menschen erschießen, nur weil die das Land verlassen wollten. Ein Menschenleben zählt mehr als eine staatliche Anordnung. Dafür hätten die Grenzsoldaten auch persönliche Nachteile in Kauf nehmen müssen.
- ... sie hätten danebenschießen können.
- ... mit mehr Zivilcourage hätten sie Befehle verweigern können. Nach dem Strafgesetzbuch der DDR blieb die Verweigerung eines Befehls straflos, wenn dessen Ausführung „gegen die anerkannten Normen des Völkerrechts oder gegen Strafgesetze verstoßen würde.“ Mord war auch in der DDR strafbar.
- ... die erteilten Befehle verstießen gegen die Menschenrechte und waren deshalb ungültig. Das hätte auch ein einfacher Soldat erkennen können.

### **Verteidigung:** Mauerschützen dürfen nicht verurteilt werden, denn ...

- ... sie haben nur ihre Pflicht erfüllt und Befehle befolgt. Befehl ist Befehl, das gilt in jeder Armee.
- ... jeder Staat hat das Recht, seine Grenzen zu sichern und sich vor seinem drohenden Untergang zu schützen. Die Verletzung von Dienstvorschriften und Weisungen zur Grenzsicherung war strafbar.
- ... was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.
- ... die Soldaten glaubten, dass die Befehle ihrer Vorgesetzten rechtmäßig waren. Die zumeist jugendlichen Täter waren seit ihrer Jugend dazu erzogen worden, unbedingt für die Sache des Sozialismus einzutreten. Als Soldaten hatte ihnen die ständige politische Schulung eingehämmert, Grenzverletzer seien Verbrecher. Deshalb konnten Flüchtende für die Grenzsoldaten nur Straftäter sein, die irgendetwas verbrochen haben mussten.
- ... Flüchtlinge wussten, dass sie das Grenzgebiet nicht betreten durften. Sie haben sich selbst in Gefahr gebracht und sind bewusst ein selbstmörderisches Risiko eingegangen. Grenzverletzer nahmen ihren Tod billigend in Kauf.

➔ 2. Welche Argumente zum Thema Mauerschützenprozesse könnte das untere Foto auf *Arbeitsblatt A* zusätzlich liefern? Welche Lösung wählte der Abgebildete für sich?

— **Tipp:** [www.chronik-der-mauer.de](http://www.chronik-der-mauer.de); Chronik der Mauer ist ein gemeinsames Projekt des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam e. V., der Bundeszentrale für politische Bildung und des Deutschlandradios.